

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Carmen Gartelgruber, Elmar Podgorschek
und weiterer Abgeordneter

betreffend Nicht(wieder)einführung der Vignettenkontrolle ab 1. Dezember 2013 im
Abschnitt Kufstein-Nord und Kufstein-Süd

*eingebracht in der 211. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 27. Juli 2013 im
Zuge der Debatte des Dringlichen Antrages betreffend "Genug versprochen -
Steuern und Gebühren runter!"*

Seit dem Jahr 1997 gibt es auf der A12 im Bereich Kufstein-Nord bis Kufstein-Süd aufgrund eines mündlichen Abkommens keine Vignettenkontrolle

Nunmehr plant die ASINFAG mit Unterstützung von Verkehrsministerin Bures ab dem 1. Dezember 2013 genau in diesem Bereich die Vignettenkontrollen wieder einzuführen.

Mit der (Wieder)Einführung der Vignettenkontrolle sind gerade für die betroffenen Anrainer und die betroffene Stadt Kufstein mit vielen Nachteilen verbunden. Kufstein und hier insbesondere den Ortsteilen Zell und Endach drohen der totale Verkehrskollaps; negativ werden sich die Kontrollen auch auf den Tourismus auswirken. Viele aus Deutschland kommende Urlauber und Tagesausflügler werden auf den Kauf einer Vignette für einen Abschnitt von gerade 1,8 km auch künftig verzichten, werden auf dem Weg in den Süden auf die mautfreien Landesstraßen ausweichen und damit wird eine wahre Verkehrslawine auf die umliegenden Gemeinden und Dörfer hereinbrechen.

Einen „dringenden Apell“ gibt es in diesem Zusammenhang vom Tiroler Landeshauptmann Platter und seinem Salzburger Amtskollegen Wilfried Haslauer. In einer gemeinsamen Erklärung forderten sie Verkehrsministerin Bures zum „Einlenken“ auf:

„Vor mehr als 15 Jahren wurde politisch vereinbart, dass dieser Autobahnabschnitt von der Vignettenmaut ausgenommen ist, um negative Folgen von Tirol und Salzburg abzuwenden. Wenn nun ab 1. Dezember zwischen der deutschen Grenze und Kufstein-Süd eine Vignettenmaut eingehoben wird, hätte das aufgrund der Mautflüchtlinge katastrophale Konsequenzen für die ansässige Bevölkerung und den Tourismus in Tirol und Salzburg. Und das noch zum jetzigen Zeitpunkt, wo Tirol und Salzburg durch das Jahrhunderthochwasser und Osttirol durch den Felbertauernfelssturz von zahlreichen Naturkatastrophen arg gebeutelt worden sind. Das ist ein äußerst unsensibles Vorgehen und ein weiterer Anschlag auf die Tiroler und Salzburger Bevölkerung.“

Laut ÖVP-Generalsekretär Hannes Rauch strotzen Verkehrsministerin Bures und SPÖ-Verkehrssprecher Heinzl nur so vor Unkenntnis der bereits bestehenden Verkehrsbelastungen der Tiroler Bevölkerung. Und weiter: „Es hätte massive Auswirkungen für die ansässigen Bürger und den heimischen Tourismus, wenn ab 1. Dezember zwischen der deutschen Grenze und Kufstein eine Vignettenmaut eingehoben wird.... Bures und Heinzl sollen sich bei ihren Tiroler Genossen schlau machen, anstatt mit weiteren Belastungen zu glänzen.“

Angesichts der drohenden Belastung für die betroffene Bevölkerung ist es dringend geboten, auch weiterhin auf Vignettenkontrollen im Bereich Kufstein Nord und

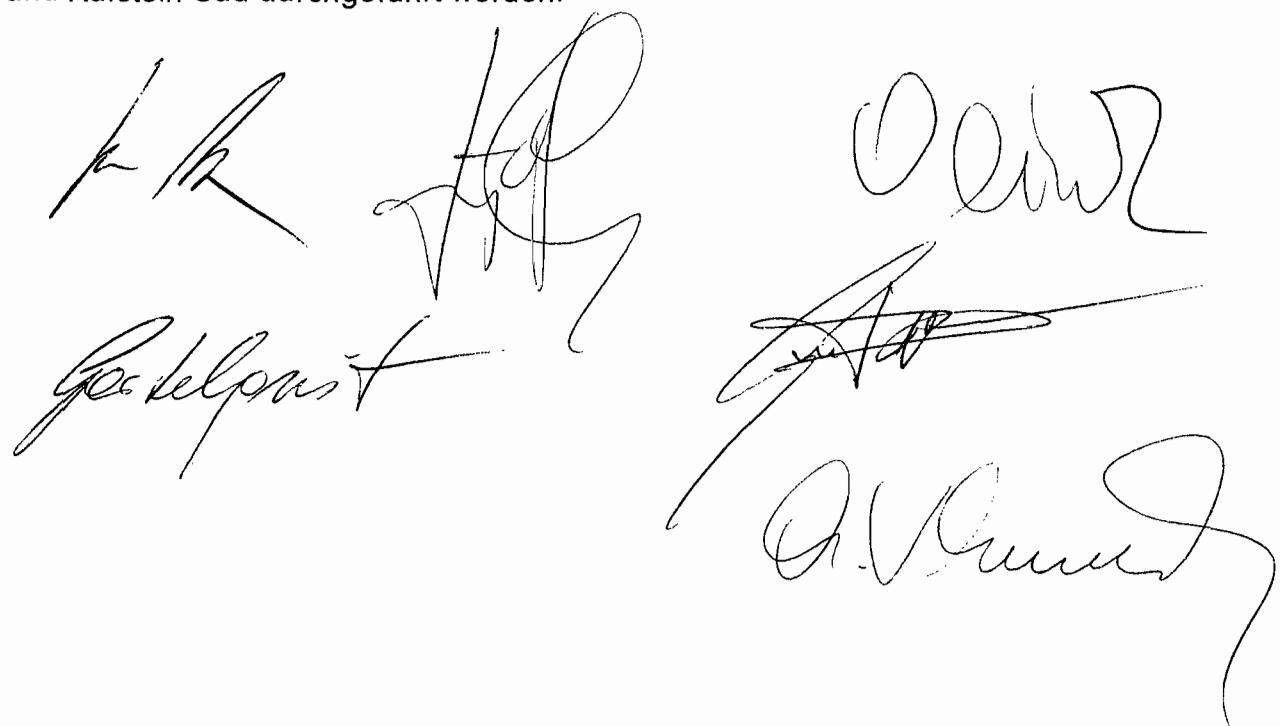
Kufstein Süd zu verzichten. Damit wird einerseits die Bevölkerung von Lärm und Abgasen entlastet, die betroffenen Autofahrer können selbst entscheiden ob sie eine Vignette kaufen und damit diese Abgabe zahlen wollen oder nicht. Laut vagen Schätzungen der ASFINAG geht es um Einnahmen in Höhe von 2,5 Millionen Euro, die durch das Nichtkontrollieren der Vignetten entstehen.

Dazu stellen die unterfertigenden Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere die zuständige Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie werden aufgefordert sicherzustellen, dass auch künftig keine Vignettenkontrollen auf der A 12 zwischen Staatsgrenze Kufstein und Kufstein Süd durchgeführt werden.“



27/6